Antrag auf Änderung der Vornamen

Az.:

Die nachstehenden Angaben sind zur Weiterbearbeitung des Antrags und zur ordnungsgemäßen Führung der Personenstandsbücher erforderlich. Insoweit sind § 68a und die entsprechenden Spezialbestimmungen des Personenstandsgesetzes vom 8. August 1957 (BGBl. I S. 1125) – mit späteren Änderungen – in Verbindung mit dem Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938 (BGBl. III Nr. 401-1) – mit späteren Änderungen – als Rechtsgrundlage anzusehen. Im übrigen werden alle Angaben freiwillig gemacht.

Hiermit wird beantragt, den (die) Vornamen _____ (bisherige(r) Vorname(n))

in den (die) Vornamen _____ zu ändern.

I. Person, deren Vorname(n) geändert werden soll(en):

Vornamen, Familienname, ggf. Geburtsname		
Geburtstag und -ort, (PLZ), Standesamt und Nummer[1])		
Hauptwohnung, ggf. Nebenwohnung (Postleitzahl, Ort, Straße und Hausnummer)		
Staatsangehörigkeit ☐ deutsch ☐	Familienstand	Voll geschäftsfähig ☐ ja ☐ nein
Kennzeichen und Führungsort des Fam. Buches: Bei Ledigen Fam. Buch der Eltern: Bei anderen Fam. Buch der eig. (ggf. letzten) Ehe, (falls nicht angelegt) Tag und Ort der Eheschließung:		

II. Begründung des Antrags:

III. Beteiligte, die zu hören sind (Nr. 60 in Verb. mit Nrn. 9 bis 12 und 18 (1) Buchst. d NamÄndVwV):

Lfd. Nr.	Name und Anschrift, Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller	Stellungnahme Ja – Nein	Blatt Nr.

1 Bei Geburt außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes ist nach einer Beurkundung beim Standesamt I in Berlin zu fragen.

Dieser Vordruck ist urheber- und wettbewerbsrechtlich geschützt; jeder widerrechtliche Nachdruck wird verfolgt.

20 9 8 7 6 15 4 3

Antrag auf Änderung von Vornamen
Bestell-Nr. 16/755
Verlag für Standesamtswesen, 6000 Frankfurt am Main 1

IV. Antragsteller:

☐ Die unter I. genannte Person in eigener Sache.

☐ Name und postalische Anschrift von Personen, die bisher nicht genannt sind:

in der Eigenschaft als ☐ Eltern ☐ Vater ☐ Mutter ☐ Vormund/Pfleger der unter I. genannten Person.

Als Antragsteller versichere ich – versichern wir – daß ein Antrag auf Vornamensänderung

☐ bisher noch nicht gestellt worden ist.

☐ am _____ bei _____

gestellt und wie folgt beschieden worden ist[1)] _____

_____

Mir – uns – ist bekanntgegeben worden, daß für die Bewilligung, die Zurücknahme und die Ablehnung des Antrag auf Änderung der (des) Vornamen(s) eine Verwaltungsgebühr erhoben werden kann.

Ort, Datum

_____
Unterschrift der (des) Antragsteller(s):

Aufgenommen durch

Ort, Datum

Unterschrift des aufnehmenden Beamten

1) Die Wiedergabe des Wortlauts erübrigt sich, wenn der Bescheid beigefügt wird. Ggf. ist auf den beiliegenden Bescheid hinzuweisen.

VII. Nachweise:

1. Nachweise nach Nr. 17 NamÄndVwV
Regelmäßig vom Antragsteller zu beschaffen

1.1 Zur Staatsangehörigkeit (Rechtsstellung) für alle im Antrag erfaßten Personen (Nr. 17 Buchst. c)
- 1.11 Bescheinigung der Meldebehörde
- 1.12 Personalausweis oder Reisepaß
- 1.13 Staatsangehörigkeitsausweis
- 1.14 Ausweis über die Rechtsstellung als Deutscher
- 1.15 Reiseausweis oder Eintragung der Ausländerbehörde im Paß oder Paßersatz oder amtliche Bescheinigung gemäß § 2 Abs. 1 FlüchtlMaßnG
- 1.16 Weitere Auskünfte
- 1.17 _____

1.2 Zum Wohnsitz (Nr. 17 Buchst. d)
- 1.21 Bescheinigung der Meldebehörde
- 1.22 Angaben über den Aufenthalt oder gewerbliche Niederlassung in den letzten 5 Jahren

1.3 Zum Personenstand (Nr. 17 Buchst. e)
- 1.31 Begl. Abschr. des Geburtseintrags Evtl. Beurkundung beim St.Amt I in Berlin
- 1.32 Begl. Abschr. des Familienbuches
- 1.33 Begl. Abschr. des Heiratseintrags
- 1.34 Bescheinigung des Standesamts I in Berlin gemäß § 71a PStG
- 1.35 Kirchl. oder andere beweiskr. Bescheinigungen
- 1.36 _____

1.4 Führungszeugnis nach § 28 BundeszentralregG für über 14 Jahre alte Personen (Nr. 17 Buchst. f)

1.5 Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bei Antrag durch Vormund od. Pfleger (Nr. 17 Buchst. g)

1.6 Vorm.-gerichtl. Anhörung bei über 16 Jahre alten beschr. geschäftsfähigen Personen (Nr. 17 Buchst. h)

1.7 Einkommensnachweis, falls verlangt

1.8 Über Besitz des elterlichen Sorgerechts

1.9 Bescheid über frühere Entscheidung in einem Namensänderungsverfahren (Nr. 17 Buchst. i)

2. Nachweise nach Nr. 18 NamÄndVwV
Von der Verwaltungsbehörde zu beschaffen

2.1 Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis (Nr. 18 Buchst. a)

2.2 Auskunft der zust. Polizeidienststelle bei über 14 Jahre alten Personen (Nr. 18 Buchst. b)

2.3 Stellungnahme des zust. Jugendamtes bei Stief- oder Pflegekindern (Nr. 18 Buchst. c)

2.4 Stellungnahme der Beteiligten (Nr. 18 Buchst. d)

2.5 Auskunft des Standesbeamten des Standesamtes I in Berlin (Nr. 18 Buchst. e)

2.6 _____

3. _____

_____

Es werden beigefügt für:	Blatt Nr.

Beispiel zu Eintragungen in dieser Spalte:

Für (Person zu I des Antrags)	oder kürzer: Für zu I:	
1.12 Reisepaß	1.12	1
1.21 Besch. d. Meldebeh.	1.21	2
1.31 Begl. Abschr. d. Geb.Eintr.	1.31	3
1.32 Begl. Abschr. d. Fam.Buches	1.32	4
1.4 Führungszeugnis	1.4	5

VI. Verfügung der Verwaltungsbehörde zur weiteren Vorbereitung des Antrags (Nr. 18 Abs. 1 NamÄndVwV):

Die zu verwendenden Vordrucke 16/753 und 16/754 können durchgeschrieben werden.

Die Verantwortung dafür, wer als Beteiligter zu dem Antrag zu hören ist, liegt bei der entscheidenden Behörde.
Die den Antrag aufnehmende Behörde sollte jedoch in Amtshilfe die Anschriften der Beteiligten feststellen; sie kann diese auch anhören.
Gleiches gilt für Anfragen an die nachgenannten Stellen.

Anfragen an:[1)]

Erledigt am:	Rückantwort am:

☐ Amtsgericht (Schuldnerverzeichnis) – vgl. 2.1 – für alle volljährigen Antragsteller zuständig für den Wohnsitz – vgl. 1.21 –, bei Fehlen eines Wohnsitzes für den Aufenthalt oder eine gewerbliche Niederlassung innerhalb der letzten fünf Jahre – vgl. 1.22 (Vordr. 16/753).
Gilt für Amtsgericht

☐ Polizeidienststelle – vgl. 2.2 – für alle über 14 Jahre alten Personen, deren Name geändert werden soll, zuständig für den jeweiligen Wohnort – vgl. 1.21 (Vordr. 16/753).
Gilt für Polizeidienststelle

☐ Jugendamt – vgl. 2.3 –, wenn der Name eines Stief- oder Pflegekindes geändert werden soll (Vordr. 16/753).
Gilt für Jugendamt

☐ Beteiligte zur Anhörung zu dem Antrag – vgl. 2.4 (Vordr. 16/754).
Gilt für den (die) Beteiligten zu

☐ Standesamt I in Berlin , Rheinstraße 54, 1000 Berlin 41 – vgl. 2.5 – wenn eine Person, deren Name geändert werden soll, nicht im Geltungsbereich des Gesetzes geboren worden ist (Vordr. 16/753).
Gilt für

Tag Unterschrift

Behörde:

Ort, Tag

Urschriftlich mit allen Unterlagen
der zuständigen Verwaltungsbehörde

überreicht mit folgender Stellungnahme:

Unterschrift: _____

1) Es empfiehlt sich, jeweils den Abschnitt – ggf. auch die Nummer – anzugeben, unter dem die Person aufgeführt ist, für die eine Behörde angeschrieben oder an die ein Schreiben gerichtet werden soll.